

1,93 Millionen Euro mehr für Jugendamt

SOZIALES Trotz rückläufiger Fallzahlen und weniger Geburten steigen die sozialen Aufwendungen / Dickster Brocken sind Personalkosten

Vom 26.10.2011

Von Christine Jäckel

Kreis BAD KREUZNACH. Das Jugendamt verzeichnet zwar aufgrund der abnehmenden Geburtenzahlen einen Rückgang der Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung, trotzdem steigen die sozialen Aufwendungen. "Auch bei uns gibt es diese Ausgabesteigerung, zum einen für die Personalkosten in den Kitas, zum andern durch teilweise rasant steigende Fallzahlen bei der stationären Mütter-, Väter-, Kind-Unterbringung und auch bei den Zuwendungen für das Städtische Jugendamt", erläuterte Gerhard Dick, Leiter des Kreisjugendamtes, bei der Beratung des Haushaltsentwurfs 2012.

Rund 1,93 Millionen Euro mehr als im Plan 2011 sind deshalb im Etat für das nächste Jahr veranschlagt. Dabei liegt der Kreis Bad Kreuznach bei der Pro-Kopf-Belastung für die Hilfen zur Erziehung mit 140,70 Euro (in der relevanten Bevölkerungsgruppe von Null bis 21 Jahren) deutlich unter dem Durchschnittswert von 252,60 Euro aller Kreisjugendämter des Landes, stellte Dick Zahlen des Landesprojektes zur Qualitätsentwicklung vor.

Leitungsfreistellung kostet mehr Geld

Bei der Ausgabensteigerung bilden die Personalkosten in den Kitas mit über eine Million Euro mehr als 2010 den dicksten Brocken. Aufgegliedert geht der Kostenanstieg mit 230 000 Euro auf die Leitungsfreistellung zurück, die von fast allen Einrichtungen umgesetzt wurde, die Tarifanpassung schlägt mit rund 700 000 Euro zu Buche und der Ausbau der Betreuung für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr verursacht zusätzliche Kosten von 500 000 Euro.

Wie Andreas Domann ausführte, stehen derzeit 833 Plätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung, von den insgesamt 4 389 Kitaplätzen sind 1 826 Ganztagsplätze. Die Mitarbeiter des Jugendamtes gehen davon aus, dass der Bedarf an Betreuung für Kleinkinder weiter steigen wird, unter anderem durch den Rechtsanspruch ab August 2013. Die Beitragsfreiheit für Kinder der letzten drei Kindergartenjahre und der Ausbau der Sprachförderung erhöhen die Bruttoausgaben des Kreises für die Kitas um fast zwei Millionen Euro. Dennoch wird der Kreishaushalt insgesamt nicht dadurch belastet, da das Land die Mehrausgaben für Sprachförderung, Elternbeiträge und Krippengruppen ausgleicht. Für die weitere Planung im Kreis geht man von weiter rückläufigen Geburtenzahlen aus, die Entwicklung hatte seit 2008 vier Einrichtungsschließungen in Nussbaum, Argenschwang, Niederhausen und Weiler bei Monzingen zur Folge.

Zu den bereits veranschlagten Maßnahmen wurde noch die Sanierung der Evangelischen Kita in Ebernburg aufgenommen. Für das Stadtjugendamt erhöht sich der Ansatz der Zuwendungen des Kreises um 500 000 Euro. Der Haushaltsentwurf wurde mit einer Enthaltung einstimmig beschlossen. Einstimmig bewilligt wurden die Investitionszuschüsse zu den durchgeführten Maßnahmen zur Schaffung von U 3-

Plätzen in Windesheim, Altenbamburg, Mandel, Stromberg und Spabrücken. Lothar Zischke informierte anschließend über die Verwendung der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) für die Schulsozialarbeit. Für die Aufstockung des Beratungsangebotes an den Grundschulen des Kreises werden 100 000 Euro aus den BuT-Mitteln investiert. An allen Schulstandorten wird die Stundenzahl des Angebotes erhöht, im Schnitt soll die Schülerzahl pro Beratungsangebot von bisher 37 auf 29 reduziert werden. Am höchsten fällt die Aufstockung an den Grundschulen der Verbandsgemeinde Rüdesheim aus, das Beratungsangebot steigt von bisher acht auf neu 27 Stunden.

Dringender Bedarf an Schulsozialarbeit

Bei der Aussprache wiesen sowohl Bettina Dickes (CDU) als auch Michael Simon (SPD) auf den dringenden Bedarf der Förderschulen für Schulsozialarbeit hin. "Wir wollen eine Koordinierungsstelle zum Bildungs- und Teilhabepaket einrichten, die die Bedarfe differenziert ermitteln soll, grundsätzlich haben wir die Situation der Förderschulen im Blick", sagte Zischke darauf. Über die Aufstockung erfreut zeigte sich auch Werner Bohn. "Wir sollten in jeden Fall die Ganztagschulen in besonderem Maß berücksichtigen", regte Bohn für die künftige Planung an.